



Deutsche Umwelthilfe



E3G



GREENPEACE



Ihrer Exzellenz der Präsidentin
der Europäischen Kommission

Frau Dr. Ursula von der Leyen

Europäische Kommission
BERL/Commissioner
Rue de la Loi 200
1049 Brüssel
BELGIEN

Berlin, den 10. Dezember 2020

Offener Brief

Keine Förderung zusätzlicher fossiler Gasinfrastruktur in der TEN-E-Verordnung

Sehr verehrte Frau Präsidentin,

die Europäische Kommission hat vor Kurzem die dienststellenübergreifende Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung über die transeuropäischen Energienetze (TEN-E) eingeleitet. Es erfüllt uns mit Sorge, dass laut aktuellem Stand der Verhandlungen der Ausbau von fossiler Gasinfrastruktur ermöglicht werden soll. Dies würde die notwendige Anpassung der europäischen Energieinfrastruktur an die im Pariser Abkommen verankerte 1,5°C-Grenze und den gleichzeitigen Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt gefährden.

Erstens besorgt uns die Tatsache, dass gasbasierte Energieträger unverhältnismäßige Unterstützung erhalten sollen. Lösungen wie Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, die bereits in großem Maßstab verfügbar sind, werden hingegen vernachlässigt. Dies läuft den Grundsätzen des Europäischen Green Deal zuwider und widerspricht jüngsten Erkenntnissen¹, dass keine zusätzlichen Investitionen in Erdgasinfrastruktur erforderlich sind. Die überarbeitete TEN-E-Verordnung muss die Förderung zusätzlicher fossiler Infrastruktur mit öffentlichen Mitteln beenden. Nur so kann vermieden werden, dass in zehn Jahren Milliarden von Verbraucher- und Steuergeldern zu gestrandeten Vermögenswerten (stranded assets) werden. Zudem kann nur durch den Verzicht auf die Subventionierung fossiler Energien das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 erreicht werden.

Zweitens müssen die Kriterien überarbeitet werden, nach denen Projekte auf der Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI-Liste) bewertet werden. Die jüngste Entscheidung des Ombudsmannes² in Bezug auf Gasprojekte auf der 4. PCI-Liste stellte fest, dass die Nachhaltigkeit der Projekte nicht

¹ <https://www.artelys.com/wp-content/uploads/2020/11/Artelys-2050EnergyInfrastructureNeeds.pdf>

² <https://www.ombudsman.europa.eu/decision/en/135095>

ausreichend bewertet wurde. So wurde allen Gasprojekten automatisch ein positiver Beitrag zur CO₂-Minderung zugeschrieben, wohingegen negative Auswirkungen, wie ein möglicher Anstieg der Treibhausgase, nicht berücksichtigt wurden. Die TEN-E-Revision muss ein robustes Nachhaltigkeitskriterium für jedes neue Gasprojekt einführen, das die Emissionen der gesamten Lieferkette von der Förderung über den Transport bis hin zum Verbrauch sowohl für CO₂ als auch für Methan berücksichtigt.

Drittens möchten wir auch unsere Besorgnis über den Fortbestand der derzeitigen Governance der TEN-E und die resultierenden Interessenkonflikte zum Ausdruck bringen. Die Übertragungsnetzbetreiber, insbesondere die Gasnetzbetreiber, spielen eine starke Rolle nicht nur bei der Entwicklung der Infrastrukturplanung und der Bewertung von Projekten, sondern auch bei der Modellierung. Infolgedessen wurden die Projektionen des Gasverbrauchs und des Infrastrukturbedarfs immer wieder überschätzt. Künftige Strom- und Gasinfrastrukturen sollten nicht getrennt voneinander prognostiziert und geplant werden, sondern einer integrierten Bewertung unterzogen werden, welche die Vereinbarkeit mit den im Pariser Abkommen geforderten Emissionsreduktionen zugrunde legt. Die überarbeitete TEN-E-Verordnung muss eine transparente Governance-Struktur schaffen, die für das Energiesystem der Zukunft geeignet ist. Dafür gilt es sicherzustellen, dass übermäßiger Einfluss oder Abhängigkeit von Akteuren jeglicher Art beseitigt und eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft und des EU-Parlaments ermöglicht wird.

Sehr verehrte Frau Präsidentin, um das Ziel der Klimaneutralität deutlich vor 2050, vorzugsweise 2040, zu erreichen, müssen Sie eine Energieinfrastruktur auf den Weg bringen, die den Herausforderung des Europäischen Green Deal gerecht wird. Der derzeitige Stand der TEN-E-Revision steht nicht im Einklang mit dem Vorschlag der Kommission für ein Klimaziel von 55% bis 2030 und noch viel weniger mit dem wissenschaftlich fundierten Ziel von 65%. Seien Sie mutig, indem Sie schwierige Entscheidungen zu fossilem Gas treffen, einschließlich eines schrittweisen Ausstiegs. Vor allem aber muss das sofortige Ende seiner Förderung beschlossen werden. Sehr verehrte Frau Präsidentin, wir hoffen, dass Sie sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass Ihre Kommission diese Chance nutzt und den Weg in eine fossilfreie, effiziente und naturverträgliche erneuerbare Zukunft ebnet.

Für ein weiterführendes Gespräch stehen die unterzeichnenden Organisationen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH



Brick Medak
Leiter Berliner Büro
E3G



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace



Christoph Heinrich
Vorstand Naturschutz
WWF

Eine englischsprachige Version dieses Briefs geht an den Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, sowie an die Kommissarin für Energie, Kadri Simson.